

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

DIE BÜRGERREVOLUTION IN ECUADOR AM SCHEIDEWEG¹

DER VON DER CORREA-REGIERUNG INITIIERTE GESELLSCHAFTLICHE
TRANSFORMATIONSPROZESS VERDIEN T KRITISCHE SOLIDARITÄT

Seit dem Amtsantritt von Präsident Rafael Correa im Januar 2007 taucht Ecuador immer wieder mit spektakulären Nachrichten in den hiesigen Medien auf. Die Verabschiedung der neuen, überaus fortschrittlichen Verfassung von 2008, der bahnbrechende Vorschlag, das Erdöl des Urwaldgebietes Yasuní im Boden zu belassen, wenn die reichen Länder hierfür finanziell die Verantwortung mittragen, sowie die Unterstützung von Julian Assange, der sich nach wie vor in der ecuadorianischen Botschaft in London aufhält, sind nur einige Beispiele, mit denen sich Rafael Correa als Linker international einen Namen gemacht hat. Doch mittlerweile häufen sich kritische Stimmen, die etwa die primär auf Rohstoffausbeutung ausgerichtete Wirtschaftspolitik des Landes hinterfragen. Erst im Juni dieses Jahres schloss der Andenstaat ein Handelsabkommen mit der Europäischen Union ab, von dem auch Linke befürchten, dass damit eine Entwicklung in Richtung einer alternativen Ökonomie erschwert wird.²

Boaventura de Sousa Santos, portugiesischer Intellektueller und einer der Gründerväter des Weltsozialforums, hat den ecuadorianischen Transformationsprozess von Anfang an intensiv begleitet. Hier zieht er eine Zwischenbilanz des aus seiner Sicht «komplexesten Projektes der lateinamerikanischen Linken» und fordert zu kritischer Solidarität von außen auf.

Die linken Intellektuellen Lateinamerikas – zu denen ich mich quasi per Adoption zähle – haben in ihrer Analyse politischer Prozesse der letzten 100 Jahre immer wieder zwei zentrale Fehler begangen. Zum einen haben sie sich nicht ernsthaft darum bemüht, politische Prozesse zu verstehen, die nicht recht in die Schubladen übernommener marxistischer oder anderer linker Theorien passen wollten. Die ersten Reaktionen auf die kubanische Revolution sind hierfür ein gutes Beispiel. Der zweite Fehler bestand darin, jegliche Kritik an den Fehlern und Irrtümern linker Bewegungen totzuschweigen – sei es aus Nachsicht oder aus Angst, damit den Rechten in die Hände zu spielen. Auf diese Weise haben sie die Chance vertan, kritische Solidarität zu einem Instrument ihres Kampfes zu machen.

Seit Hugo Chávez 1998 in Venezuela an die Macht kam, erlebt die lateinamerikanische Linke eine der glorreichsten Phasen in ihrer Geschichte, vielleicht sogar in der Geschichte der Linken weltweit. Natürlich dürfen wir die Anfänge der Revolutionen in Russland, China und Kuba, ebenso wie die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit, nicht gering schätzen. Aber dennoch waren die progressiven Regierungen der letzten 15 Jahre aus mehreren Gründen besonders bemerkenswert. Sie kamen zu einer

Zeit an die Macht, als der neoliberale Kapitalismus auf dem Vormarsch war und mit aller denkbaren Wucht und Feindseligkeit auf die von seinen Idealen abweichenden Projekte reagierte. Sie sind von ihrer Struktur her sehr unterschiedlich und zeugen von einer so noch nie dagewesenen Vielfalt der Linken. Sie sind aus demokratischen Prozessen hervorgegangen, an denen sich auf institutioneller Ebene und auch außerhalb der Institutionen große Teile der jeweiligen Bevölkerung beteiligt haben. Und schließlich versuchen sie nicht, der großen Mehrheit im Namen einer glorreichen Zukunft noch mehr Opfer abzuverlangen, sondern die Gegenwart derer zu verändern, die bisher noch nie auf eine bessere Zukunft hoffen konnten.

CORRERA – DER GROSSE MODERNISIERER ECUADORS

Ich bin mir, während ich dies hier schreibe, der eben erwähnten Fehler durchaus bewusst, und dennoch bin ich mir unsicher, ob ich sie selbst vermeiden können. Trotzdem möchte ich mich hier zu einem Fall äußern, der das, was heute die neue lateinamerikanische Linke ausmacht, auf besonders komplexe Weise verkörpert: die Präsidentschaft Rafael Correas in Ecuador und seine Politik in den ersten beiden

Amtszeiten. Hierzu einige Vorbemerkungen. Erstens: Man kann darüber streiten, ob es sich im Fall von Correa um eine Links- oder doch eher um eine Mitte-links-Regierung handelt. Sie als rechtsgerichtet zu betiteln, wie dies manche GegnerInnen aus dem linken Lager tun, erscheint mir jedoch absurd. Die Lage ist derart polarisiert, dass diese linken KritikerInnen Correa wohl erst dann als links oder mitte-links stehend anerkennen würden, wenn wieder eine Rechtsregierung an die Macht käme. Zweitens: Nach vielen Jahren des Chaos hat Correa wieder für mehr politische Stabilität gesorgt. Es besteht deshalb in Ecuador ein breiter Konsens darüber, dass er «trotz allem» der beste Präsident der letzten Jahrzehnte ist. Drittens: Es gibt keinen Zweifel daran, dass Correa die größte Umverteilung von Profiten aus dem Erdölgeschäft in der ecuadorianischen Geschichte eingeleitet und damit einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung der Mittelschichten geleistet hat. Noch nie studierten an den Universitäten und Hochschulen so viele Arbeiterkinder wie heute. Doch warum reicht all das nicht aus, um selbst RegierungsanhängerInnen davon zu überzeugen, dass Correas politisches Projekt auch nach den nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 weitergehen wird, sei es mit ihm oder auch ohne ihn?

Obwohl es auch früher schon Modernisierungsschübe im kapitalistischen System gegeben hat, ist Correa zweifelsohne der große Modernisierer Ecuadors. Vom Umfang und Ehrgeiz her hat sein Programm gewisse Ähnlichkeiten mit dem Projekt von Kemal Atatürk in der Türkei zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Gemeinsam sind den beiden Nationalismus, Populismus und die Vorstellung von der Zentralität des Staates. Rafael Correa stützt sein Programm auf drei Grundideen. Erstens: Der Staat ist die wichtigste Kraft im Prozess der Modernisierung. Eng damit verbunden sind das Konzept nationaler Souveränität, der Kampf gegen den US-amerikanischen Imperialismus (durch die Schließung der Militärbasis von Manta, die Ausweisung von militärischem Personal der US-amerikanischen Botschaft sowie durch den aggressiven Kampf gegen Chevron und die von dem Konzern verursachte Umwelterstörung in der Amazonasregion) und die Überzeugung, dass die staatlichen Dienstleistungen und Strukturen wesentlich effektiver gestaltet werden müssen. Zweitens: Für eine modernere und gerechtere Gesellschaft bedarf es der Erschließung von ausreichend Ressourcen, mit denen eine bessere Sozialpolitik (kompensatorische Leistungen, die der Einkommensumverteilung dienen, und universelle Leistungen etwa in den Bereichen Gesundheit, Erziehung/Bildung und Altersversorgung) umgesetzt und benötigte Infrastrukturprojekte (Straßen, Hafenanlagen, Elektrizitätswerke etc.) finanziert werden können. All dies soll jedoch geschehen, «ohne den Reichen zu schaden» – also ohne das Modell der kapitalistischen Akkumulation anzutasten. Drittens: Da sich die ecuadorianische Gesellschaft Correa zufolge nach wie vor in einem Stadium der Unterentwicklung befindet, sieht er sie noch nicht bereit für eine umfassende Demokratisierung im Sinne von mehr direkter Partizipation. Vielmehr könne eine solche den gerade begonnenen Reformprozess blockieren und die Wirksamkeit der ergriffenen politischen Maßnahmen schmälern. Um dies zu verhindern, müsse noch deutlich mehr in die Bildung und Entwicklung des Landes investiert werden. Bis dahin sollten die BürgerInnen dem Staat vertrauen, da keiner besser dazu in der Lage sei, ihre wirklichen Interessen zu erkennen und zu vertreten.

DAS «GUTE LEBEN» KOMMT SPÄTER

Steht dieses umfangreiche Programm nun im Widerspruch zur ecuadorianischen Verfassung von 2008 – einem der progressivsten und revolutionärsten Grundgesetze in ganz Lateinamerika? Schauen wir uns die Sache näher an. Laut Verfassung wird ein alternatives Entwicklungsmodell (wenn nicht sogar eine Alternative zur Entwicklung) angestrebt. Dieses Modell soll sich auf das Konzept des *buen vivir* («gutes Leben») stützen – ein neuer Begriff, der eigentlich nur in einer nicht kolonialen Sprache korrekt wiedergegeben werden kann, zum Beispiel auf Quechua: *sumak kawsay*. Das Konzept des «guten Lebens» ist äußerst umfassend und hat vielfältige Konsequenzen. Die Natur gilt als ein lebendiges Wesen und folglich als etwas Begrenzt; sie wird gleichzeitig als Subjekt und Objekt von Pflege und Schutz verstanden, nie aber nur als unerschöpfliche Quelle natürlicher Ressourcen. Die Natur verfügt demnach über eigene Rechte. Wirtschaft und Gesellschaft werden im *sumak kawsay* pluralistisch gedacht und sollen auf Prinzipien wie Reziprozität, Solidarität, Interkulturalität und Plurinationalität gründen; Staat und Politik werden stark partizipatorisch konzipiert, mit verschiedenen Modalitäten der demokratischen Praxis und der Kontrolle des Staates durch die Bevölkerung.

Für Correa ist dies alles – oder zumindest fast alles – zwar wichtig, aber er versteht die Umsetzung all dessen eher als ein langfristiges Ziel. Kurzfristig geht es für ihn vordringlich darum, den staatlichen Reichtum zu mehren, um auf dieser Grundlage Einkommen umverteilen, eine umfassendere Sozialpolitik betreiben und entwicklungsrelevante Infrastruktur aufbauen zu können. Die Politik müsse daher Opfer bringen, müsse das, was ihr eigentlich am wichtigsten ist, zunächst beiseite lassen. Im Klartext: Gegenwärtig muss die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen intensiviert werden (Bergbau, Erdöl, Agroindustrie), erst zu einem späteren Zeitpunkt kann die Abhängigkeit der Wirtschaft von diesen Ressourcen verringert werden. Hierzu bedarf es laut Correa einer umfassenden Reform des Hochschulwesens und einer tief greifenden wissenschaftlichen Revolution. Damit eine auf die große Artenvielfalt des Landes zugeschnittene Wissensökonomie entstehen kann, sollen insbesondere Bio- und Nanotechnologien gefördert werden. Für Correa steht außer Frage, dass diese Strategie Früchte tragen wird, wenn auch erst in etlichen Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung um den Yasuni-Nationalpark im Osten des Landes – weltweit wohl eines der Gebiete mit der größten Artenvielfalt – zu betrachten. Er soll, entgegen Correas ursprünglichem Versprechen, nun doch der Erdölförderung geopfert werden. Dies liegt nicht nur daran, dass die internationale Gemeinschaft die Strategie, das Öl im Boden zu belassen, nicht mitgetragen hat. Entscheidend ist wohl vielmehr, dass laufende staatliche Investitionen auf ausländische Kredite (vor allem aus China) angewiesen sind, die mit Öllieferungen garantiert werden, also von den Einnahmen aus der vorgesehenen Ölförderung abhängen. Entsprechend gelten die indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich der Ölförderung im Nationalpark entgegengestellt haben, als entwicklungsfeindlich oder als Opfer von Manipulation durch korrupte AnführerInnen, opportunistische PolitikerInnen, NGOs, die im Dienst des Imperialismus stehen, oder junge UmweltschützerInnen aus der Mittelschicht.

EINE PLEBISZITÄRE DEMOKRATIE NEUEN TYPUS

Ein derart umfangreicher Modernisierungsprozess setzt eine hohe Effizienz voraus, und diese soll nicht durch zu viel

Rücksichtnahme auf Widerspruch aus der Gesellschaft beeinträchtigt werden. Bürgerbeteiligung ist zwar willkommen, aber nur solange sie eine Funktion erfüllt, was momentan nicht gewährleistet sei, wenn sie ohne eine höhere Führung des Staates, genauer der Regierung, stattfindet. Zu Recht sieht Correa sich als Opfer der Medien, die, wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, im Dienst des Kapitals und der politischen Rechten stehen. Er versucht deshalb, den Mediensektor entsprechend zu regulieren, wobei die von ihm vorgesehenen Neuregelungen in vielerlei Hinsicht positiv sind. Allerdings haben sie die Stimmung im Land derart angeheizt und die Gesellschaft so extrem polarisiert, dass viele kurz davor sind, die gesamte Regierungspolitik zu verteufeln. In der Folge ist es zu einer Bedrohung von JournalistInnen gekommen, einige AktivistInnen aus sozialen Bewegungen (von denen manche auf eine lange Tradition im Land zurückblicken können) wurden als Terroristen angeklagt, und insgesamt scheint die Kriminalisierung sozialer Proteste immer aggressivere Züge anzunehmen. Die Gefahr ist groß, dass politische Widersacher, mit denen man üblicherweise eine Auseinandersetzung sucht, plötzlich zu Feinden erklärt werden, die es zu beseitigen gilt. Unter diesen Umständen ist die beste demokratische Praxis, einen direkten Kontakt zwischen Correa und der Bevölkerung – also einen neuen Typus plebiszitärer Demokratie – herzustellen. Genau wie früher Hugo Chávez ist auch Correa ein außergewöhnlicher Kommunikator, und seine regelmäßigen Auftritte in den samstäglichen Radio- und Fernsehprogrammen (die sogenannten *sabatinas*) sind politisch betrachtet hochgradig komplexe Vorgänge. Ziel und Zweck dieses direkten Kontakts zu den BürgerInnen ist jedoch nicht, sie an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Vielmehr ringt Correa mit Mitteln der Verführung und einer bestimmten Ansprache um deren Zustimmung zu seiner Politik.

DAS PROBLEM SCHWACHER STAATLICHER INSTITUTIONEN

Ebenfalls zu Recht geht Correa davon aus, dass staatliche Institutionen weder in sozialer noch in politischer Hinsicht neutral sind. Aber er vermag nicht, zwischen Neutralität und Objektivität, die auf bestimmten Verfahrensweisen gründet, zu unterscheiden. Stattdessen vertritt er die Position, dass die staatlichen Institutionen aktiv die Regierungspolitik unterstützen müssen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Justiz verteufelt wird, wenn sie ein Urteil fällt, das nicht im Interesse der Regierung ist. Ist das Gegenteil der Fall, das heißt das Urteil regierungskonform, wird die Justiz in hohen Tönen als unabhängig gelobt. Kein Wunder also, dass sich das ecuadorianische Verfassungsgericht in strittigen Fragen meist eines Urteils enthält, weil das Ergebnis die höheren Staatsinteressen tangieren könnte. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass ein Mitglied des Nationalen Wahlrats – zuständig für die Überprüfung der von der Yasunidos-Bewegung gesammelten Unterschriften, die per Referendum die Erdölförderung im Nationalpark stoppen wollte – noch vor der Prüfung gegen das Anliegen der Volksabstimmung öffentlich Stellung bezog. Eine solche Aushöhlung öffentlicher Institutionen ist typisch für populistische Regime und ist vor allem dann gefährlich, wenn diese aufgrund der üblichen Privilegien in einem oligarchischen System ohnehin schon geschwächt sind. Wenn dann auch noch die charismatische Führungsfigur die Bühne verlässt (so geschehen in Venezuela mit Hugo Chávez), entsteht ein schwer zu kontrollierendes politisches Vakuum.

Noch dramatischer wird die Lage dadurch, dass Correa seine historische Mission darin sieht, den Nationalstaat aufzubauen und zu stärken. In Zeiten eines globalen Neoliberalismus ist dies ein wichtiges, ja sogar ein entscheidendes Ziel. Nur scheint es Correa nicht in den Sinn zu kommen, dass sich die Institutionen dieses neuen Nationalstaates deutlich von denen des Modells des kolonialen Staates oder seines Nachfolgers, des kreolischen oder Mestizenstaates, unterscheiden könnten. Deshalb wird die Forderung der indigenen Bevölkerungsgruppen nach Plurinationalität, die in der Verfassung verankert ist, als Bedrohung der Einheit (sprich den Zentralität) des Staates dämonisiert, anstatt sie mit dem entsprechenden Respekt und Takt zu behandeln. In Ermangelung eines kreativen Dialogs zwischen der zivilen Nation, die die Heimat aller ist, und den verschiedenen ethnisch-kulturellen Nationen mit ihren Forderungen nach der Anerkennung von Differenzen und einer relativen Autonomie zerfällt das gesellschaftliche Gewebe immer mehr. Kollektive Rechte und Verantwortlichkeiten werden von individuellen Rechten in den Hintergrund gedrängt. Während die einzelnen Mitglieder indigener Gemeinschaften als «BürgerInnen in spe» wahrgenommen werden, unterstellt man ihren Organisationen, dass sie korporatistisch seien und dem revolutionären Prozess feindselig gegenüberstünden. Anscheinend ist die Zivilgesellschaft solange genehm, solange sie unorganisiert daherkommt. Haben wir es hier womöglich mit einer heimtückischen Durchdringung des Post-Neoliberalismus mit neoliberalen Vorstellungen zu tun?

Auf jeden Fall haben wir es mit Kapitalismus zu tun. Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts, der diesen Namen verdient hätte, ist im Augenblick noch in weiter Ferne. Angesichts der beschriebenen Lage und der Widersprüche, die den von Correa angeführten Transformationsprozess prägen, ist mitteleins vielleicht doch die korrekteste politische Bezeichnung. Vermutlich ist das Problem nicht vor allem eines der Regierung, sondern der Art des Kapitalismus, die sie befördert. Es mag paradox klingen, aber wir haben es in gewisser Weise mit einer post-neoliberalen Variante des Neoliberalismus zu tun. Mit jedem Umbau des Kabinetts ging bisher eine Stärkung der rechtsgerichteten wirtschaftlichen Eliten einher. Droht die gemäßigte Linke also vielleicht doch immer mehr nach rechts abzudriften, wie wir es bereits von der europäischen Sozialdemokratie kennen? Dies wäre eine Tragödie – nicht nur für Ecuador, sondern für den ganzen Kontinent. Rafael Correa hat immense Erwartungen geschürt. Die Art und Weise, wie er nun zu verhindern versucht, dass diese enormen Hoffnungen sich in massive Frustrationen verwandeln, könnte jedoch dazu führen, dass die BürgerInnen sich am Ende vollends von ihm abwenden. Die Ergebnisse der Wahlen vom 23. Februar 2014, bei denen Correas Partei Alianza País starke Einbußen hinnehmen musste, deuten dies an. Am Ende könnte sich Correa selbst als sein größter Feind erweisen. Dadurch, dass er sich einbildet, die Bürgerrevolution vor ungebildeten, boshaften, kindischen und ignoranten BürgerInnen schützen zu müssen, die sich leichtfertig von politischen Opportunisten oder der Rechten manipulieren lassen, riskiert er, die Bürgerrevolution ohne die Bevölkerung vorantreiben zu müssen oder – was auf dasselbe hinauslaufen würde – nur mit denjenigen, die sich wie Untertanen verhalten. Untertänige BürgerInnen kämpfen jedoch nicht für das, worauf sie ein Anrecht haben, sondern nehmen das, was man ihnen anbietet.

BÜRGERREVOLUTION AM SCHEIDEWEG

Ist Correa noch in der Lage, diese großartige historische Chance zu ergreifen und die Bürgerrevolution in Ecuador, wie sie ursprünglich einmal geplant war, zur Umsetzung zu verhelfen? Ich bin davon überzeugt, aber sein Handlungsspielraum schrumpft von Tag zu Tag. Zudem scheinen die wahren Feinde der Bürgerrevolution nicht weit von ihm entfernt zu sein und sich immer mehr um den Präsidenten zu scharen. Diejenigen, die mit der Bürgerrevolution solidarisch sind, müssen daher alles tun, um diese aufzuhalten.

Dazu müssen zunächst drei grundlegende Aufgaben angegangen werden. Erstens: Die Demokratie muss demokratisiert werden durch eine Kombination aus Elementen repräsentativer Demokratie mit solchen echter, partizipativer Demokratie. Wenn Demokratie allein von oben nach unten durchgesetzt wird, dann kann dies leicht in einen Autoritarismus gegenüber denen am unteren Ende münden. Auch wenn es ihm schwer fällt: Correa wird lernen müssen, selbstbewusster zu werden und abweichende Meinungen zuzulassen, anstatt sie zu kriminalisieren – was für die an der Macht stets der einfachste Weg ist. Er wird lernen müssen, den Dialog mit den sozialen Bewegungen und Organisationen und selbst mit der Bewegung der jugendlichen Yasunidos zu suchen – auch wenn er diese für «kindische Umweltschützer» hält. Denn die Jungen sind die natürlichen Verbündeten der Bürgerrevolution, der Reform des Hochschulwesens und der Wissenschaftspolitik, sofern diese Vorhaben vernünftig betrieben werden. Es sich mit der Jugend zu verderben, wäre politischer Selbstmord.

Als zweite Aufgabe steht an, das gesellschaftliche Leben aus den warenförmigen Verhältnissen herauszulösen, sowohl mit Mitteln der Sozialpolitik als auch über die Förderung von nicht kapitalistischen kleinbäuerlichen, indigenen, urbanen und assoziativen Wirtschaftsformen. Einfach Geld an die arme städtische Bevölkerung zu verteilen, damit sie sich in den großen Einkaufszentren mit Junkfood vollstopfen und vergiften kann, hat nichts mit der Idee des «guten Lebens» zu tun. Den Übergang hin zu einem System, das nicht länger auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht, erreicht man über eine Reduzierung und nicht über eine Intensivierung des Extraktivismus. Wenn wir nichts unternehmen und uns ihm entgegenstellen, führt der Kapitalismus zu nichts anderem als zu noch mehr Kapitalismus – mit allen tragischen Konsequenzen.

Drittens muss eine Steigerung der Effizienz im öffentlichen Dienst mit dessen Demokratisierung und Entkolonisierung einhergehen. Es gilt anzuerkennen, dass in einer derart heterogenen Gesellschaft wie der ecuadorianischen der Staat aus Gründen der Legitimität und der Effizienz nicht umhin kommt, ebenso heterogen zu sein und ein Klima zuzulassen, in dem eine interkulturelle Koexistenz und graduell auch eine Plurinationalität möglich sind, ohne dadurch die von der Verfassung garantierte Einheit des Staates zu gefährden. Das Land gehört allen, die in ihm leben, es muss aber nicht allen auf dieselbe Art und Weise Heimat sein. In ehemals kolonisierten Gesellschaften finden wir auch heute noch zwei Arten von Bevölkerungsgruppen: die Gruppe, die nicht vergessen kann, und diejenigen, die sich nicht erinnern wollen. Diejenigen, die nicht vergessen können (die indigenen Völker), standen vor der Herausforderung, ein Land, das ihnen von Ausländern aufgezwungen wurde, erst einmal als Heimat zu akzeptieren und sich anzueignen. Denjenigen, die sich nicht erinnern wollen (die Kolonisatoren und ihre Nachfahren), fällt es immer noch schwer, anzuerkennen, dass diese gemeinsame Heimat ihre Wurzeln in einer historischen Ungerechtigkeit (dem Kolonialismus) hat, der noch lange nicht beseitigt ist, und es die Aufgabe aller ist, dafür zu sorgen, dass diese Ungerechtigkeit nach und nach verschwindet.

Boaventura de Sousa Santos ist Professor für Soziologie an der Universität Coimbra (Portugal) und Außerordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der University of Wisconsin (USA). Derzeit leitet er das Forschungsprojekt ALICE: Strange Mirrors, Unsuspected Lessons – Leading Europe to a New Way of Sharing the World Experiences.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

1 Der Text ist zuerst am 5. Juli 2014 auf Portugiesisch unter dem Titel «A Revolução cidadã tem quem a defenda?» erschienen (vgl. www.cartamaior.com.br/?/Coluna/A-Revolucao-cidada-tem-quem-a-defenda-/30871). 2 Vgl. hierzu zum Beispiel die Kritik von Magdalena León unter: <http://lalineadefuego.info/2014/07/14/acuerdo-con-la-union-europea-una-capitulacion-inevitable-por-magdalena-leon/>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: August 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling